

Resolution für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen

**Wir fordern die Änderungen der Asyl- und Flüchtlingspolitik.
Menschen, die bereits gut integriert sind und sich eine Perspektive für ihr Leben
in Deutschland erarbeitet haben, dürfen nicht abgeschoben werden.
Vor der Entscheidung über die Anordnung einer Abschiebung ist eine
Einzelfallprüfung durchzuführen.**

Insbesondere richtet sich die Kritik an der Asyl- und Flüchtlingspolitik gegen:

- Sammelabschiebungen nach Afghanistan

Laut der Bundesregierung soll es dort sichere Regionen geben. Gleichzeitig warnt das Auswärtige Amt dringend vor Reisen nach Afghanistan: „Landesweit kann es zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und andere Gewaltverbrechen kommen.“

- die rigiden Arbeits- und Ausbildungsverbote

Pauschal wird die Gewährung einer Arbeitserlaubnis für bestimmte Herkunftsländer ohne Berücksichtigung des Einzelfalles verweigert.

- eine unmenschliche Abschiebepaxis

Unangekündigt und unter hohem Zeitdruck bei der Abschiebung bleibt meist keine Zeit, um sich angemessen von Freunden und Helfern zu verabschieden.

Am 17.1.2017 wurde ein in Aßling lebender syrischer Kriegsflüchtling abgeschoben. Er hatte hier bei uns Fuß gefasst, ging mit seinem Sprachpaten zum Tischtennistraining und hatte in kurzer Zeit sehr gut Deutsch gelernt. Nun hatte er(auch wegen seiner guten Deutschkenntnisse) eine Zusage für einen Arbeitsplatz. Kurz gesagt: Er hatte alles richtig gemacht.

Pauschal und ohne seine Lebenssituation zu berücksichtigen wurde über die Anordnung der Abschiebung entschieden. Es wurde völlig außer Acht gelassen, dass es sich um einen jungen Mann handelt, dem ein großes Stück Integration gelungen war und der sich weiter integrieren wollte.

Die Würde des Menschen gemäß Artikel 1 des Grundgesetzes kann nur gewahrt werden, wenn die individuelle Situation der Betroffenen berücksichtigt wird. Gegen dieses Gebot verstoßen die o.g. Maßnahmen, da sie keine Möglichkeit vorsehen, vor der Entscheidung über die Abschiebung den Einzelfall zu prüfen.

Darüber hinaus ist die derzeitige Abschiebepolitik ein Schlag ins Gesicht der Gewerbetreibenden, die Arbeitskräfte suchen und die sich bereit erklären, einen Flüchtling oder Asylbewerber einzustellen. Die Gefahr einer möglichen Abschiebung wird die Betriebe davon abhalten, solche Menschen einzustellen. Und wenn sie einen Asylbewerber oder Flüchtling eingestellt haben und nach der Einarbeitungszeit die Abschiebung erfolgt, haben sie Zeit und Geld vergeblich investiert.

In unserer Kritik wissen wir uns einig mit den katholischen und evangelischen Bischöfen, die bereits im September 2016 - also noch vor der Verschärfung der Maßnahmen in den letzten Wochen - die "bayerische Flüchtlingspolitik als unchristlich" kritisiert haben
(Süddeutsche Zeitung vom 29.9.2016, S R 13).

Der menschliche Umgang mit jedem einzelnen Menschen ist gelebte christliche Werteorientierung.
Dies erwarten wir auch vom Staat und seinen Institutionen.